

**NZZ «Ein Gasboykott ist kurzfristig nicht machbar»**

Europa würde ohne Gas aus Russland in einer schweren Rezession versinken, sagt der neue Alpiq-Präsident Johannes Teyssen. Diskussionen um neue AKW hält er für sinnlos. Interview: Jürg Meier

NZZ am Sonntag: Nach zehn Jahren an der Spitze des deutschen Energieriesen E.On sind Sie nun seit vier Monaten Präsident des Stromkonzerns Alpiq. Was fällt Ihnen als Erstes zur Schweiz ein?

Johannes Teyssen: Wie sauber dank ihren Wasser- und Kernkraftwerken die Stromproduktion ist. Wie unglaublich erfolgreich das Land trotz den schwierigen geografischen Voraussetzungen wurde. Mich beeindruckt, wie das Land jahrhundertlang Frieden bewahren konnte. Und ich denke an Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt, zwei meiner liebsten Autoren.

Europa versucht verzweifelt, sich aus seiner Russland-Abhängigkeit zu befreien. Gleichzeitig steigen die Energiepreise in erschreckende Höhen. Sorgt der Angriff Russlands

auf die Ukraine für eine Zeitenwende in der Energielandschaft?

Sicherheitspolitisch betrachtet ist der Angriff Russlands auf die Ukraine sicherlich eine Wegscheide. Unsere Bequemlichkeit, unser Glaube an eine Friedensdividende, unsere generelle Sorglosigkeit hat am Tag des Einmarsches geendet. Die Energiekrise dagegen begann bereits letztes Jahr.

Warum?

Ein Grund war, dass sich Frankreich wegen stillstehender Atomkraftwerke nicht mehr selbst versorgen konnte. Was als europäische Stromkrise begann, mündet mit Russlands Krieg nun in eine Energiekrise, in der auch Öl, Kohle und Erdgas zum Thema werden. Wir dürfen auf keinen Fall denken, dass wir vorher alles richtig machten und erst die Invasion das Problem aufbrachte.

Wo liegt denn das Problem?

Wir bauten die letzten grossen Infrastrukturen zwischen Mitte der 50er und Mitte der 80er Jahre. Seither leben wir von dem, was unsere Mütter und Väter geschaffen haben. Wir wollen die Ernte geniessen, das Säen und Pflügen ist uns zu mühsam.

Es wurde also zu wenig investiert?

Wir haben zwar mit dem Ausbau der Erneuerbaren begonnen, aber diese liefern in Deutschland heute erst 5% der Primärenergie, also von aller insgesamt verbrauchten Energie. Wir sind aus vielem ausgestiegen und in wenig nachhaltig eingestiegen.

Mit welchen Folgen?

Wir haben uns zu stark von einzelnen Lieferanten abhängig gemacht, indem wir billiges russisches Gas genommen haben. Und nicht eine – teurere – Mischung aus unterschiedlichen Quellen, wie das Asien macht.

Deutschland diskutiert den Boykott von russischem Gas. Ist ein solcher zu schaffen?

Kurzfristig ist ein Gasboykott nicht machbar. Selbst wenn alles gut läuft und die dafür notwendigen Infrastrukturen rasch gebaut werden können, dauert das drei Jahre. Ich sehe noch nicht, dass alles gut laufen wird.

Wie meinen Sie das?

In Deutschland und in Europa mangelt es nicht an Ingenieurskompetenz. Sondern an der Fähigkeit zur Durchsetzung von grossen Projekten. Ich bin mir nicht sicher, dass all die nötigen Flüssiggasterminals und die Anschlussleitungen rasch gebaut werden können, ohne dass es zu Konflikten mit Anwohnern oder Interessengruppen kommt. Ohne russisches Gas laufen wir in eine schwere Rezession und schädigen die europäische Wirtschaft nachhaltig.

Das sehen viele Ökonomen anders.

All diese volkswirtschaftlichen Modelle überzeugen mich nicht. Sie berücksichtigen die komplexen Abhängigkeiten vom Erdgas in der produzierenden Wirtschaft nicht – insbesondere in Deutschland.

Die rasche Überwindung der Covid-Krise gilt als positives Gegenbeispiel.

Völlig zu Unrecht. Die Industrie konnte während der Pandemie produzieren. Jetzt reden wir darüber, dass Produktionsstätten bis zu zwei Jahre nicht laufen könnten. Sind sie einmal abgestellt, ist es nicht sicher, dass man sie jemals wieder wird hochfahren kann.

Wir sind dazu verdammt, weiter russisches Gas zu verbrennen.

Das sage ich nicht. Ein Gasboykott kann notwendig werden, zudem stellt ja vielleicht auch Russland die Lieferungen ein. Ein Boykott darf aber erst das allerletzte Mittel sein. Die Bevölkerung signalisiert derzeit, sie sei zu allem bereit. Was dabei vielen nicht bewusst ist: Diese Energiekrise wird nicht einfach vorüber sein, wenn sich die Situation in der Ukraine einmal beruhigt. Selbst wenn wir das russische Gas ersetzen können, werden die Energiekosten nie mehr so tief sein, wie sie es im letzten Jahrzehnt waren. Und das wird negative Folgen für den Wirtschaftsstandort Europa haben.

Als 2014 wegen der Krim-Krise erste Sanktionen gegen Russland erlassen wurden, warnten Sie davor, die Schrauben zu stark anzuziehen. Europa sei durch die deutsche Partnerschaft mit Russland friedlicher geworden. Wie beurteilen Sie Ihre Aussage heute?

Im Rückblick halte ich sie für leichtfertig und falsch. Auch ich hatte zu lange die Vision der wechselseitigen Abhängigkeit vertreten. Es werde nichts passieren, weil Russland ja auch auf die Einnahmen aus dem Gasverkauf angewiesen sei. Wandel durch Handel? Wir haben uns das schöngeredet.

In Deutschland wird eine neue Forderung laut. Das Land solle seine drei letzten Atomkraftwerke nicht wie geplant Ende dieses Jahres abstellen. Allenfalls sollen sogar die drei kürzlich stillgelegten Meiler für eine begrenzte Zeit wieder in Betrieb genommen werden. Geht das?

Aus meiner Sicht Ja. Die Brennelemente zum Beispiel, die an den AKW-Standorten lagern, sind nicht gänzlich aufgebraucht. Vielleicht können die Kraftwerke nicht mehr 100 Prozent Leistung liefern, aber es würde noch einiges gehen, bevor man überhaupt das erste neue Brennelement bestellen müsste.

Welche Voraussetzungen wären nötig?

Es braucht einen klaren Auftrag aus der Politik. Ich bewundere, mit welchem Pragmatismus die grünen Minister in der Regierung bisherige Tabus hinter sich gelassen haben. Aber ein Aufschieben

24.4.22

des Atomausstiegs würde ihre Partei wohl zerreißen. Das ist schade, denn jetzt begehen die Grünen eine viel grössere Sünde: Sie wollen lieber die Laufzeit der Braunkohlekraftwerke verlängern. Ich verstehe nicht, wie man Klimapolitik ernst nehmen und so etwas fordern kann.

Könnten neue Atomkraftwerke gebaut werden?

Dazu fehlt es an zu vielem: am gesellschaftlichen Konsens und an der industriellen Kompetenz. Kein Energieversorger möchte eines bauen, keine Bank es finanzieren. Es wird in Deutschland keinen Neueinstieg in die Kernenergie geben. Wir sollten aufhören, mit dem Thema Kernenergie alle anderen notwendigen Diskussionen zu verdrängen. Am Schluss werden dann wieder nur Powerpoint-Folien vollgeschrieben.

Und in der Schweiz?

Da gilt für mich dasselbe. Wir sollten unsere Energie besser für die anderen Diskussionen einsetzen als für Debatten um neue Kernkraftwerke.

Was braucht es denn in der Schweiz?

Jede Technologie muss das liefern, was sie kann. Und davon so viel wie möglich. In der Schweiz, so sagen viele, werde die Rolle der Windenergie beschränkt bleiben. Aber schauen Sie einmal, was auf Spaniens Bergen so an Windkraft herumsteht. Da kann man dieses Thema durchaus nochmals - diskutieren. Was aber in der Schweiz auf jeden Fall geht: Im grossen Umfang Photovoltaik zu bauen. Und zwar nicht nur auf Dächern, sondern auch auf Freiflächen. Da ist die Schweiz mit ihrer Geografie gut aufgestellt. Ich würde erwarten, dass wir jetzt gemeinsam mit grösster Kraft und Eile einsteigen.

Wie sieht es mit der Wasserkraft aus?

Die 15 Projekte, die von Bundesrätin Sommaruga identifiziert wurden, sind essenziell. Da müssen wir schnell Hindernisse aus dem Weg räumen, damit wir bereits in drei oder vier Jahren erste Ergebnisse sehen. Mir ist klar: Die Schweizer Politik ist stark auf Konkordanz und Ausgleich ausgerichtet. Ich fürchte aber, dass uns beim Thema Energie die Zeit davonläuft.

Der Bund plant Gaskraftwerke für den Notfall. Zu Recht?

Das mag widersprüchlich erscheinen, weil man heute ja nicht weiss, wo dieses Gas zu-mindest kurzfristig herkommen soll. Sinnvoll ist es trotzdem. Künftig können solche Anlagen auch mit grünem Gas oder Wasserstoff laufen. Etwas anderes ist aber noch wichtiger.

Was?

Die vorhandenen grossen Wasser- und die Kernkraftwerke müssen erhalten bleiben. Mir fällt nicht viel ein, mit dem man morgen die Kernkraftwerke Gösgen oder Leibstadt ersetzen könnte.

Eine Forderung lautet, die Atomkraftwerke eher 60 als 50 Jahre laufen zu lassen. Was sagt Alpiq als Miteigentümerin und Betreiberin dazu?

Ich werde niemals den Betrieb eines Kernkraftwerkes unterstützen, wenn ich nicht absolut sicher bin, dass das sicherheitstechnisch vertretbar ist. Ein längerer Betrieb als die immer wieder ins Spiel gebrachten 50 Jahre ist machbar – auch wenn Zahlen wie 50 oder 60 Jahre willkürlich gewählt sind. Der Weiterbetrieb wird jedoch Geld kosten.

24.4.22

Die Preise, die Sie an den Börsen erzielen, sind aber ebenfalls hoch.

Schon, aber die Kernenergie in der Schweiz ist teuer, auch aufgrund von politischen Eingriffen bei der Finanzierung der Stilllegung und Entsorgung der Anlagen. Die sicherheitstechnisch erforderlichen Kosten vermögen wir zu tragen. Rein politisch bedingte Ausgaben können aber nicht zu unseren Lasten gehen. Alle Beteiligten sollten sich die geltenden Regeln für die Entsorgung und die Rückbaukosten noch einmal anschauen, um unnötige Verwerfungen zu vermeiden.

Braucht es für den Weiterbetrieb Subventionen?

Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können wir die nötigen Investitionen stemmen.

Alpiq geriet Anfang dieses Jahres in die Schlagzeilen, weil der Konzern angesichts der dramatischen Verwerfungen auf dem Energiemarkt beim Bund einen Antrag auf Liquiditätshilfe in Milliardenhöhe stellte...

... Alpiq war davon nicht allein betroffen – und auch nicht am massivsten. Wir sind mitten in einer europäischen Energiekrise. Die deutsche Regierung hat gerade einen Rettungsschirm für Energiefirmen von 100 Mrd. Euro aufgelegt, und auch die Schweizer Regierung hat vor Ostern einen Vorschlag vorgestellt. Wir haben einfach früh auf diese Problematik hingewiesen.

Alpiq ist fähig und bereit, in neue Kraftwerke zu investieren?

Ja. Investoren dürften für saubere, flexible Kraftwerke im unterversorgten europäischen Markt künftig Schlange stehen.

Viele Schweizer Stromunternehmen und Wirtschaftspolitiker sind besorgt über das fehlende Stromabkommen mit Europa.

Zu Recht?

Ja. Ein solches Abkommen ist dringend nötig. Die Schweiz ist keine Energieinsel. Ihr einziger Gasspeicher steht in Frankreich, die Winterenergie kommt auch aus Deutschland, Italien und Frankreich, und im Sommer optimiert sie ihre Wasserkraft in europäischen Märkten, weil die Schweiz dafür zu klein ist.

Könnte die Verhandlungsposition der Schweiz durch den Ukraine-Krieg gestärkt werden?

Eines wäre nicht schlau: Wenn die Schweiz jetzt denken würde, ihre Verhandlungsposition - verbessere sich, weil Europa verletzlicher ist. Beide Seiten müssen sich bewegen.

Was muss dafür passieren?

Meine Hoffnung ist: Beide Seiten merken, wie viel ein solcher Vertrag allen Bürgerinnen und Bürgern nützt. Und dass wir in der Schweiz einsehen, wie verletzlich wir in der Energieversorgung sind. Dann kommen vielleicht alle jene auch einmal ins Grübeln, die gegenüber der EU immer nach Härte rufen. Aus dem E-Paper vom 24.04.2022